

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt: Tagesblatt Riesa.
Grunn. Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Kreisamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1434
Circulanz Riesa Nr. 82.

Nr. 278.

Mittwoch, 25. November 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 32 mm breite Zeile mit 100 Gold-Pfennigen; gelbdruckender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erzielt, wenn der Vertrag verfallt, durch Abgabe von Bestellungen in Kontant. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Die erste Lesung der Locarno-Gesetze beendet.

• Berlin. Der Reichstag beendete am Dienstag nach fast einwöchiger Beratung die 1. Lesung des Locarnogesetzes. Die Vorlage wurde dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Die 2. Lesung ist für Donnerstag, die 3. Lesung für Freitag vorgesehen.

Deutscher Reichstag.

Vorsitzung unseres gestrigen Reichstags.
vda. Berlin, den 24. November 1925.

Erste Lesung der Locarno-Verträge.

Abg. Heinenbach (Centr.)
gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt: Oberstes Gesetz unseres politischen Lebens ist die Wiederherstellung unserer Deutschen Reiches aus Ansehlichkeit zur Freiheit, aus Not und Elend zu wirtschaftlicher Gesundheit. Dieses Ziel kann nur auf dem Wege friedlicher Verhandlung in hundertfachen aufbauenden Teilerfolgen zu erreichen sein, und nur unter harter Selbstzucht und schweren Opfern. Notwendig ist sowohl in der Form wie in der Sache volle Gleichberechtigung Deutschlands. Diese Bedingung ist erfüllt, und auch der Inhalt der Verträge entspricht dieser Forderung. Wir leisten keine neue Unterschrift unter das Versailler Diktat. Die Bemühungen, das unabweisbare Kriegsschuldverhältnis auszumerkeln, werden wir unbedingt fortsetzen. Wir sprechen in dem Vertrag von Locarno auch keinen Rechtsverzicht auf deutsches Land und Volk aus. Er wäre für die Zentrumspartei auch undenkbar, weil er unveräußerliche Rechte und Pflichten des Staates verletzen und der natürlichen Ordnung der Dinge widersprechen würde. Die Schiedsverträge enthalten keine uneingeschränkte Unterwerfung unter irgend welche Schiedsprüche. Wenn die Verträge von Locarno als Friedensinstrument wirken sollen, muß alles befeitigt werden, was dem Geiste dieser Verträge widerspricht. Hierzu rechnen wir nicht die Räumung der 1. Zone. In dem langen Hin und Her von Entwaffnungsnoten konnten wir nur einen künstlich konstruierten Vorwand erblicken, um ein offenkundiges Unrecht an Deutschland auszuüben zu lassen.

Wir erwarten, daß im Geiste von Locarno die rechtlichen Entwaffnungsfragen bald ausgetastet werden. Als eine notwendige Auslegung der Verträge von Locarno erachten wir die Befreiung der zweiten und dritten Zone. In diesen Bezirken vertritt die Zentrumspartei die weitestgehende Mehrheit der Bevölkerung. Sie ist mit dem Reichsführer der Überzeugung, daß es mit dem Geiste von Locarno nicht vereinbar ist, ein an diesem Vertrag beteiligtes Land mit fremden Truppen besetzt zu halten. Auch läßt sich mit dem Vertrag die Hinabstufung der Abstammung an der Saar bis 1935 nicht vereinbaren. Die Zentrumspartei sieht daher in den bisher gewährten Erleichterungen keinen Anlaß zu freudiger Genugtuung.

Die volle Freiheit der deutschen Verwaltung ist leider nicht erreicht worden. Die Ordnung der Rheinlandkommission läßt eine weitgehende Beschränkung bestehen. Besonders bedauerlich ist die Fortdauer der drückenden Einschränkung der Pressefreiheit und der gesamten Kulturereignisse. Das Bedauerliche an der Ordnung ist ihre Dehnbarkeit und wir hoffen, daß die Handhabung der Verordnung anders ausfallen wird als ihr Buchstabe. Auch haben wir noch keine Gewähr dafür, daß wenigstens die Stärke der Besatzungstruppen auf das notwendige Mindestmaß beschränkt wird. Immerhin sehen wir in den bisherigen Maßnahmen einen Fortschritt zum Besseren.

Locarno bedeutet das Ende der Sanktions- und Gewaltpolitik. In ruhiger und verantwortungsvoller Abwägung der Verbesserungen und Mängel kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Vorteile des Wertes von Locarno für Deutschland sowohl wie für Gesamt Europa so erheblich sind, daß man die Befreiung der Zukunft überlassen kann. Auch in der Völkerbundfrage bedeutet Locarno einen Fortschritt und wir sind deshalb bereit, weniger nach Bergangeheit als im Hinblick auf eine bessere Zukunft zu urteilen. Der Bewertung der Klarstellung hinsichtlich des Art. 16 der Völkerbundcharta durch die Reichsregierung treten wir bei. Aus allen diesen Erwägungen heraus werden wir den Verträgen von Locarno unsere Zustimmung geben. Mehr noch als Deutschland können und müssen die großen und mächtigen Staaten das Ihrige tun, um dem Pakt von Locarno Gestalt und Leben zu verleihen. Daß dem so sei, das ist unser aller sehnlichster Wunsch und unser ernstes Erstreben. (Beifall.)

Präsident Lohde gibt dann das formulierte deutsch-nationale Mitbewilligungsbekannt.

Abg. Dr. Scholz (DVP.)
erklärt: Deutschland braucht jetzt eine Politik, die ihm gestatte, in friedlicher Arbeit wirtschaftlich und politisch zu erstarren. Es kommt nicht darauf an, ob in Locarno mehr herausgeholt gewesen wäre, sondern darauf, daß das Gesetz eine Besserung darstelle. (Zustimmung.) Die Verträge bringen auch für die Rheinlande einen Fortschritt. Eine Anerkennung der Kriegsschuldfrage ist nicht erfolgt. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie beim Eintritt in den Völkerbund erneut den deutschen Standpunkt in dieser Frage darlegt.

Von einem Verzicht auf deutsches Land heißt nach unserer Auffassung nichts im Verpakt. Der Eintritt in den Völkerbund darf Deutschland nicht kriegerischen Verwicklungen mit anderen Staaten aussetzen. Deutschland muß allein bestimmen können, ob und inwieweit es den Verpflichtungen

aus Artikel 16 nachkommen will. Eine wesentliche Verstärkung der Befreiung der zweiten und dritten Zone würde dem vielbesprochenen Geist von Locarno in der Praxis zueigen. Die Reparationskraft eines Staates leidet ganz erheblich, wenn seine weite Teile seines Gebietes, insbesondere industrielle Teile dauernd unter militärischer Besetzung fremder Mächte sind. Die Aufhebung der Besatzungslagen ist der Anfang der Wiederverteilung der vollen deutschen Autorität in den besetzten Gebieten. Nach Eintritt in den Völkerbund muß auch dafür gesorgt werden, daß das Untersuchungsprotokoll endlich befeitigt wird. Wir werden den Verträgen zustimmen.

Der Redner wendet sich dann den Deutschnationalen zu und bezeichnet die Rede Wehlers als "verhängnisvoll". Wenn die Haltung der Deutschnationalen von Anfang an so gewesen wäre, dann hätten wir einen besseren Boden für die Verständigung gehabt. Der Redner weist dann darauf hin, daß man in der Straßenbahn über zwei Plätze sehe, deren Inhalt er der Deutschnationalen Fraktion ins Stammbuch schreiben möchte. Sie lauten: "Springe nicht ab während der Fahrt!" und "Nimm Rücksicht auf andere!" (Sturm. Beifall.) Mit großem Ernst müßte er sich aber gegen die in einigen deutschnationalen Zeitungen in letzter Zeit erhobenen schweren Angriffe wenden, die denen, die nicht leichten Herzens, aber vernunftgemäß für Locarno eintreten, die vaterländische Gesinnung abspülen. Wir nehmen für uns in Anspruch, so schließt der Redner, mindestens ebenso national zu fühlen wie die Deutschnationalen Volkspartei. Wir bekämpfen unsere vaterländische Gesinnung nicht durch Schlagworte, sondern, und das hat immer noch mehr gegolten in der Welt, durch die verantwortliche Tat. (Beifall.)

Abg. Thälmann (Komm.)
betont, die Deutschnationalen hätten in der Regierung die Verantwortlichen nur aufgefassen, aber keine neuen Wege gewiesen. Die Kritik an unseren Unterhändlern sei keine Frage der Befreiung, sondern eine Frage der Geschicklichkeit. Wie könne aber die Rechte auch nur die Geschicklichkeit angeweifelt, wo sie Männer wie Luther ein Jahr lang in den Himmel gehoben habe. Ohne Vertrauen zu den selbstgewählten Führern sei keine Demokratie möglich. Ein Verzicht auf Entschuldigungen sei nicht ausgeschlossen. Ein Verzicht des Art. 16 schwöre die die Gefahr heraus, die im Deutschen Reichstag dem In- und Ausland gegenüber die Gefahr betonen. Die Hauptfrage sei die Gleichberechtigung Deutschlands. Bezüglich des Rheinlandes sei noch viel zu hoffen. Die nächsten Anstrengungen müßten der Aufhebung der Besetzung, der Befreiung der Saarabstimmung und dem Anschluß Österreichs gelten. Wenn sich Mussolini dagegen wehre, so sei das um so befremdlicher, als Italien seine Beteiligung deutscher Sympathie und preußischer Waffenhilfe mit zu verdanken habe. (Beifall.)

Der Redner behandelt dann die Arbeit, die Deutschland im Völkerbund zu leisten haben werde und betont die Notwendigkeit der Schaffung eines Minderheitenrechts. Voraussetzung sei allerdings die Gewährung kultureller Autonomie durch uns an die fremden Völkspoliten, die noch in Deutschland wohnen. Das letzte Ziel bleibe die Annäherung Europas. Europa sei verloren, wenn es sich nicht aufeinanderbegebe. Es werde sich vereinigen oder der Balkan der Welt werden. Nicht auf dem Wege der Verhandlungen mit Duzenden von Ländern über Tausende von Vollpostionen ist ein Erfolg zu erzielen, sondern nur durch eine europäische Kolonisation. Die Anregung einer Weltwirtschaftskonferenz sollten wir nach Kräften unterstützen. Die Regierung hat außenpolitisch einen Schritt vorwärts gemacht, innenpolitisch ein Flackern erlitten. Selten ist eine Partei so glänzend gerechtfertigt worden wie die Demokratie, als sie im Januar ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen für unmöglich hielt. Jetzt gilt es, über alle Gegensätze hinweg diejenige Zusammenfassung, für die Locarno kein Vorbild und keine Entlastung, sondern ein selbstbewusstes Vorbild ist. (Beifall b. d. Dem.)

Reichsanwältminister Dr. Stresemann
weist gegenüber der Forderung, daß man schon im vorigen Jahre in den Völkerbund hätte eintreten sollen, darauf hin, daß der damalige Appell des Völkerbundes der deutschen Regierung vollkommen unerwartet kam. Bei dem vierzehntägigen Aufenthalt zur Londoner Konferenz ist den deutschen Delegierten irgendeine Anregung in dieser Richtung nicht gegeben worden.

Das Entscheidende in dem deutschen Februarmemorandum, so fährt der Minister fort, war dann die grundsätzliche Bereitschaft Deutschlands zum Eintritt, der aber ohne Klärung einer Reihe wichtiger Vorfragen nicht möglich war. Die Regierung selber ist in diesem Punkte abgewichen von den Richtlinien, die sie in einer Sitzung unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert über die Völkerbundfrage aufgestellt hat. In der Frage des Sicherheitspaktes war es unbedingt Zeit für ein deutsches Eingreifen, wenn nicht ein einseitiges Einmischen der anderen Seite gegen uns erfol-

gen sollte. Wäre die Verapierung in Locarno deutscherseits nicht erfolgt, dann hätten sich die Alliierten unter sich geeinigt, und Briand wäre trotzdem nicht mit leeren Händen nach Paris gekommen. (Hört! hört!) Es ist auch nach dem Locarno-Vertrag noch viel Unrechtliches für Deutschland geblieben, aber nach dem verlorenen Kriege wird es Jahrzehnte dauern, bis alle Unrechtlichkeiten für uns beseitigt sind.

Der Minister wendet sich dann gegen die Bemerkung des Grafen Wehler, wonach autoritative Auslegungen von alliierten Seite im Locarno-Vertrag eine neue Anerkennung des Versailler Vertrages erblickten. Er sucht demgegenüber aus dem Vertragstext und aus Erklärungen von Staatsmännern nachzuweisen, daß dies nicht der Fall sei, und daß auch der Locarno-Vertrag keineswegs die Möglichkeit ausschleße, die bestehenden Grenzen im Wege friedlicher Verhandlung zu ändern.

Die Feststellung, daß der Versailler Vertrag unangestastet bleibt, findet sich, so erklärt der Minister weiter, in allen Verträgen, die wir in den letzten Jahren mit Amerika, England, Ungarn, der Tschechoslowakei und anderen Ländern abgeschlossen haben. Gegen diese Verträge, die zum Teil von der vollständigen Regierung unserer Väter abgeschlossen wurden, ist niemals der Einwand erhoben worden, daß sie eine freiwillige Anerkennung des Versailler Traktats bedeuteten. Zur Kriegsschuldfrage haben wir unsere Erklärungen bei der Einleitung der Locarno-Verhandlungen so deutlich abgegeben, daß man unter keinen Umständen in der Unterschrift unter die Locarno-Verträge eine neues Schuldenerkenntnis sehen kann.

Die Absichten, eine Weltwirtschaftskonferenz gegenüber Rußland einzugehen, wäre der kurz vor Locarno erfolgte Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages, der so schwere Opfer von uns verlangt, unvereinbar. Es gebe auch in Deutschland Stimmen, die für einen Pakt mit Rußland eintreten. Dazu gehöre z. B. der Jungdeutsche Orden, der diesen Gedanken in seinem Organ klar und offen propagiere.

Der Minister trat dann weiter der falschen Auffassung entgegen, England beherrsche den Völkerbund. Das sei völlig unzutreffend. Ich glaube, so betonte der Minister, daß wir nach den ganz authentischen Erklärungen, die der Reichskanzler gestern hier abgegeben hat, doch erst einmal warten wollen, ob gegen diese Darlegungen des Reichskanzlers von denjenigen etwas eingewendet wird, die es angeht. Wir haben ohne Widerspruch festgestellt, daß die Erklärungen zum Artikel 16 ausschließlich nicht nur das Durchmarschrecht, die militärische Hilfeleistung, sondern auch die Hilfeleistung bei wirtschaftlichen Maßnahmen, weil eine solche Einwirkung und in Kriegsgefahr bringen könnte und wir alles ablehnen müssen, was einen Krieg auf unser Land herabziehen könnte. Wenn wir uns nicht beteiligen an kriegerischen Maßnahmen gegen irgendeinen anderen Staat, so haben wir das Recht der Neutralität.

Etwas anderes ist die Frage, ob wir als Mitglied des Völkerbundes eine bestimmte Macht als Angreifer bezeichnen, wenn wir selbst der Meinung sind, daß sie es ist. Auch dann aber sind wir nicht verpflichtet, uns an kriegerischen Maßnahmen gegen diese Macht zu beteiligen.

Die Rückwirkungen sind bisher noch nicht in vollem Umfang eingetreten. Die belgische Regierung hat uns zu der Mitteilung ermächtigt, daß sie beschloffen habe, die Kontumazverfahren gegen angebliche deutsche Kriegsverbrecher nicht mehr fortzusetzen, weil nach der Konferenz von Locarno ihre Fortsetzung geeignet sein würde, die wünschenswerte Beruhigung der Stimmung zwischen beiden Völkern unnötig zu behindern. Die französische Regierung hat erklärt, sie bereite einen ähnlichen Beschluß vor. — Dann beipflichtet der Außenminister das vom Reichsarbeitsminister auf dem Zentrumsparteitag bekanntgegebene Telegramm zum Abbitteamt in Locarno. Es habe sich dabei nicht um einen Kabinettsbescheid gegen die Verapierung der Verträge gehandelt, sondern nur um eine Meinungsäußerung dahin, daß die Delegierten doch erwägen müßten, ob es angängig sei, daß, während für die anderen Staaten nur die Außenminister unterzeichneten, für Deutschland der Reichskanzler und Außenminister unterschreiben. Man konnte darüber verschiedener Meinung sein. Es hat eine Zeit gegeben, in der heftiger Protest dagegen erhoben wurde, daß Deutschland in Locarno nur durch seinen Außenminister vertreten würde. (Sehr wahr!) Diefelben Kreise hätten später einen gegenständlichen Standpunkt vertreten, er müsse deshalb an ihrer Objektivität etwas zweifeln. (Sehr. Zustimmung links.)

In der von Loucheur angeregten Weltwirtschaftskonferenz habe ich heute schon dem französischen Botschafter erklärt, daß Deutschland sich gern daran beteiligen werde. Das Schlagwort "vereinigte Staaten von Europa" bringe aber den guten Kern des Gedankens in Mißkredit. Dem Weg aus dem Zusammenbruch Europas können wir nur in friedlichem Zusammenwirken mit den übrigen Mächten finden. Das betrachten wir als den Geist von Locarno. So wollen wir zur Wiederaufrichtung der wirklichen deutschen Souveränität kommen und damit auch Deutschlands Lebensmöglichkeit und Freiheit wieder erringen. (Sehr. Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vereinig.)
betont, seine Freunde hätten schon im ersten Stadium erklärt, daß sie die Verhandlungen über einen Sicherheitspakt nicht wünschten. Die Deutschnationalen hätten damals noch nicht die gleiche Entschlossenheit aufgebracht. Mit dem Eintritt in den Völkerbund löse Deutschland auf ein neutrales